

Schutz von Menschenrechtsverteidigern zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Anlässlich ihres 30-jährigen Jubiläums veranstaltete peace brigades international (pbi) am 27. Oktober in Berlin eine internationale Konferenz zum Thema „Bedrohung und Schutz von Menschenrechtsverteidigern im Wandel“. Menschenrechtsverteidiger (Human Rights Defender, HRD) aus Lateinamerika, Asien und Afrika erörterten mit zahlreichen Teilnehmenden aus dem Auswärtigen Amt, dem BMZ, dem Deutschen Bundestag und aus der Zivilgesellschaft aktuelle Herausforderungen. Im Mittelpunkt standen Fragen nach der Umsetzung international vereinbarter Schutzinstrumente, die Rolle der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik und im Zusammenhang mit den Themen Straflosigkeit, wirtschaftliche Interessen und länderbezogene Konfliktanalysen die Voraussetzungen und Ausgestaltung effektiver Schutzmechanismen.

Das Hauptinstrument der internationalen Gemeinschaft ist die „UN Declaration on Human Rights Defender“. Diese wurde 1998 nach einer Verhandlungszeit von mehr als zehn Jahren von der UN Generalversammlung verabschiedet. Die EU „Guidelines on human rights defenders“ im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurden 2004 verabschiedet und im Jahr 2008 aktualisiert.

In den Podiumsdiskussionen und Workshops wurde deutlich, dass dem Grundkonsens der internationalen Gemeinschaft für den Schutz von HRD und deren Handlungsspielräumen oftmals die mangelnde transparente und wirkungsorientierte Umsetzung international vereinbarter Schutzmechanismen entgegensteht. So würden die EU-Leitlinien zu HRD durch die Vertretungen der EU-Mitgliedsstaaten in Drittländern nicht hinreichend umgesetzt. Hier bedürfe es einer stärkeren Kohä-

Weitere Informationen

Astrid Hake, pbi
astrid.hake@pbi-deutschland.de

Links & Literatur

PBI – Deutscher Zweig

[UN Declaration on human rights defenders](#)

[EU Guidelines on human rights defenders](#)

[Frontline Defenders - International Foundation for the protection of human rights defenders](#)



renz der Menschenrechts- und Wirtschaftspolitik sowohl auf nationaler wie auch auf EU Ebene und auch einer stärkeren Überprüfung von Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation.

Hervorgehoben wurde der Trend der zunehmenden Stigmatisierung, Kriminalisierung und strafrechtlichen Verfolgung von HRD von Seiten staatlicher Akteure vor Ort. Im Besonderen seien HRD, die sich für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einsetzen, erhöhten Sicherheitsrisiken ausgesetzt. Die Ausgestaltung der Rolle von Justizwesen und Medien spielen dabei eine zentrale Rolle. Die Entwicklungszusammenarbeit könne hier beispielsweise durch die Förderung guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu einem verbesserten Menschenrechtsschutz beitragen.

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

c/o BMZ, Dahlmannstr. 4

53113 Bonn

Tel. +49-228-535-3259

Fax. +49-228-535-3799

frient@bmz.bund.de

www.frient.de

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann

Tel. +49-228-535-3447,

marc.baxmann@bmz.bund.de

V.i.S.d.P.: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per [Formular](#) auf der FriEnt-Homepage bestellt und abbestellt werden.

Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen weitestgehend verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.